



SUPPORT-news 10/2001

Anerkennung und Lob aus Ämtern und Ministerien trotzdem noch keine Anschlußfinanzierung in Sicht !

Wie bereits mehrfach berichtet, sah sich die Ärztekammer Niedersachsen gezwungen, zum 30. Juni ihre Modellmaßnahme SUPPORT trotz großer Erfolge einzustellen, da bis zu diesem Zeitpunkt keine tragfähige Anschlußfinanzierung mit den Kostenträgern ausgehandelt werden konnte. An diesem Sachstand hat sich auch bis zum Redaktionsschluß dieses Heftes leider nichts geändert. Auch vielfältige positive Kommentare aus Ämtern und Ministerien haben bisher keine konkreten Fortschritte erbracht.

In einem Schreiben vom Juli 2001 aus dem Bundesministerium für Gesundheit an Dr. Franz Bernhard M. Ensink, den Projektleiter von SUPPORT, heißt es: „Wie Sie wissen, werden den Bemühungen um die Verbesserung der schmerztherapeutischen Versorgung insbesondere von Tumorkranken in diesem Hause eine hohe Bedeutung beigemessen. Nicht zuletzt deshalb wurde über viele Jahre dieses sehr erfolgreich verlaufende SUPPORT-Projekt gefördert.“

Auch die Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt selbst bezeichnete in einem in der *Bild am Sonntag* vom 2. September wiedergegebenen Brief das Projekt SUPPORT als „außergewöhnliche Initiative (...) bei der die verschiedensten Bereiche des Gesundheitswesens zum Wohl der schwerstkranken (...) Patienten verknüpft wurden.“ Da ihr Ministerium „von der Qualität dieses herausragenden Projektes seit langem überzeugt“ sei, hoffe sie auf Anstöße, um dessen „langfristige Unterstützung (...) durch die Zuständigen vor Ort zu sichern.“

Sogar aus dem Bundespräsidialamt kamen Ende August 2001 anerkennende Worte. Im Auftrag von Bundespräsident Johannes Rau schrieb Dr. Michael Quirin an Dr. Ensink: „Mit großem Interesse hat er (der Bundespräsident) die Ergebnisse der unter Ihrer Leitung arbeitenden Projektgruppe SUPPORT zur Kenntnis genommen.“ In seiner „Berliner Rede“ hat der Bundespräsident in Zusammenhang mit der Euthanasie-Gesetzgebung in den Niederlanden die Bedeutung einer adäquaten Schmerztherapie betont. In Übereinstimmung mit diesen Äußerungen heißt es in dem Brief aus dem Bundespräsidialamt weiter, daß Johannes Rau ein Gespräch zu diesem Thema mit Experten plane und sich dazu wieder mit der Projektleitung in Verbindung setzen werde.

Auch die SPD-Bundestagsfraktion hat die Bedeutung des palliativmedizinischen Versorgungssegmentes für das Gesundheitswesen erkannt. In einer von Dr. med. Wolfgang Wodarg, MdB und

Obmann seiner Fraktion in der Enquête-Kommission „Recht und Ethik in der modernen Medizin“ unterschriebenen Einladung der SPD-Bundestagsfraktion zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion in Berlin heißt es: „Die Qualität der medizinischen und psychosozialen Betreuung am Lebensende wird nicht zuletzt aufgrund der demografischen Entwicklung immer größere Bedeutung erlangen. Wir wollen daher mit (...) eingeladenen Fachleuten eine Bestandsaufnahme vornehmen sowie laufende Gesetzgebungsvorhaben und weiteren Reformbedarf diskutieren.“ Dr. Ensink wird auf Einladung durch Dr. Wodarg auf dieser Veranstaltung das Modellprojekt SUPPORT als eine Möglichkeit zur nachhaltigen Verbesserung der ambulanten palliativmedizinischen Versorgung terminal kranker Tumorkranken vorstellen.

Unterstützung hat das Modellprojekt auch durch Torsten Wolfgramm, ehemaliger Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, erfahren. Statt um Geschenke zu seinem 65. Geburtstag bat er die Gratulanten um eine Spende zugunsten von SUPPORT. Durch diesen Aufruf kam die stolze Summe von mehr als 8.000,- DM zusammen, die der Jubilar am 25. September offiziell an Prof. Heyo Eckel, den Präsidenten unserer Ärztekammer übergeben hat. Mit Hilfe dieser und weiterer Spenden hofft die ÄKN das ursprüngliche Versorgungsangebot von SUPPORT für die zum Zeitpunkt der offiziellen Projekteinstellung bereits aufgenommenen Patienten noch für eine Übergangszeit aufrechterhalten zu können.

Nach der in einem Antwortschreiben des Niedersächsischen Ministeriums für Frauen, Arbeit und Soziales (MFAS) vom 10. September an die Autorin eines im Göttinger Tageblatt veröffentlichten Leserbriefes vertretenen Ansicht ist „Ohne Frage (...) die Modellmaßnahme SUPPORT für die Betroffenen eine segensreiche Maßnahme“. Gleichwohl besteht aus Sicht des MFAS „kein Anlass, in laufende Verhandlungen einzugreifen“, da es nach Bewertung des Ministeriums bislang „in Niedersachsen noch keine abschließende Ablehnung der gesetzlichen Krankenkassen für das Projekt SUPPORT“ gibt. Möglicherweise gelingt ja bei einem für den 12. Oktober vereinbarten Treffen mit den Verbänden der Gesetzlichen Krankenkassen in Niedersachsen der „Durchbruch“ in dieser Angelegenheit.

Informationen zum aktuellen Stand der Dinge bei SUPPORT finden Sie auch auf der Homepage des Projektes unter: <http://come.to/SUPPORT>